



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33
3. Juli 1950

P/V/151

Hinweise
auf den Inhalt:

"Finis Zwangswirtschaft"?	S.1
Korea und die politischen Folgen Beitrag aus Washington	S.2
Zu einem Bericht des "DUD"	S.5
Fürsorgeerziehung	S.6
Sozialaufwand	S.6

"Finis Zwangswirtschaft"?

R.D. Fast unbeachtet ist am 23. Juni 1950 durch Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums der grössere Teil der Bewirtschaftungsvorschriften ausser Kraft gesetzt ^{worden.} Gefallen sind die Verwendungsbestimmungen für Stahl und Nichteisen-Metalle, die Handelsbeschränkungen für Wälzlager, das Verwendungsverbot für Pette in der Waschmittelindustrie, die Bewirtschaftung von Petroleum, Asbest und die Meldepflicht für Liefer- und Bezugsmeldungen in der chemischen Industrie. Bestehen blieb für eine Anzahl von Waren die fachliche Berichterstattung, die den Wirtschaftsbehörden als Unterlage für Marktbeobachtungen und Ein- bzw. Ausfuhr-Lenkungen dienen soll. Aufrechterhalten blieben auch die Regelungen für Edelmetalle. Man denkt jedoch daran, auch die letzten Beschränkungen baldmöglichst abzubauen.

Wer sich noch der heissen Auseinandersetzungen um die Aufhebung der Bewirtschaftung z.Z. der Währungsreform und dann der Debatten um das Bewirtschaftungs-Notgesetz erinnert, wird sich über den sang- und klanglosen Abbau dieser Rudimente der Zwangswirtschaft vielleicht wundern. Dieses Schweigen straft alle Behauptungen Lügen, dass den Sozialdemokraten ganz besonders an der Auf-

rechterhaltung der Zwangsmassnahmen in der Wirtschaft gelegen sei. Die SPD hielt im Gegenteil ihre Aufrechterhaltung in allen den Fällen für sinnlos, wo eine ausreichende Produktion und ein gleichmässiges Warenangebot eine flüssige Versorgung der Bevölkerung sicherte und damit eine Warenhortung und Freisspekulation ausschloss. Nur überall dort, wo diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, trat sie für eine Bewirtschaftung der Waren ein, um eine gleichmässige Versorgung zu gerechten Preisen für alle Bevölkerungsteile sicherzustellen.

In der Zwischenzeit haben sich allerdings die Fronten verkehrt. Die damaligen Gegner der Bewirtschaftung - die das mangelhafte Warenangebot mit Überpreisen gehörig ausnutzten - sind heute aber auf wesentlichen Gebieten stärkste Befürworter der Bewirtschaftung, der Einfuhrlenkung und der gebundenen Preise. Sie fordern von der Bundesregierung Schutz vor der ausländischen Konkurrenz. Vor derselben Konkurrenz übrigens, die sie noch vor Jahresfrist als den Preisregulator der Wirtschaft bezeichneten und dessen Funktionsfähigkeit durch Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften unbedingt erhalten werden müsse. In beiden Fällen, bei der Stellungnahme zur Aufhebung der Bewirtschaftung 1948 wie auch beim Schweigen bei der Beseitigung der Restvorschriften 1950, war für die SPD das Leitmotiv: soziale Gerechtigkeit, für die anderen aber: der private Nutzen.

Korea und die politischen Folgen

Von unserem Korrespondenten Dr.H.Steinitz

Washington, Anfang Juli

Noch ist das militärische Bild in Korea unklar, bestimmte Prognosen wären verfrüht. In dieser Hinsicht hält man sich hier auch auffallend zurück. Umso deutlicher lassen sich jetzt bereits entscheidende politische Folgen erkennen, die geeignet sind, das internationale Urteil über die Einstellung der USA in einigen wichtigen Punkten in recht erfreulichem Sinne zu revidieren. Eine Fülle entsprechender Äusserungen aus dem Auslande liegt vor. Bei der beherrschenden Bedeutung der Vereinigten Staaten für die weitere weltpolitische Entwicklung ist das eminent bedeutsam.

Am eindrucksvollsten war die kühne Entschlossenheit Präsident Trumans, amerikanische Streitkräfte den angegriffenen Süd-Koreanern zur Seite zu stellen. Damit hat sich bis in den letzten Winkel des

Erdballes die Erkenntnis durchgesetzt, dass die westlich-demokratische Welt nicht gewillt ist, tatenlos Eroberungsabenteuern der von Moskau gelenkten Regierungen zuzuschauen. Der Geist des "Appeasement", von dem in der Zwischenkriegszeit Hitler und Mussolini profitierten, existiert heute nicht mehr, und wenigstens eine Handvoll führender Staatsmänner scheint doch aus den Erfahrungen der dreissiger Jahre gelernt zu haben. Das russische Experiment, am Beispiel Korea herauszufinden, wie weit man gehen könne, hat klipp und klar bewiesen, dass die Grenze erreicht ist, und dass sie sich nur gegen den aktiven Widerstand der geeinten demokratischen Staaten überschreiten lässt.

Unmittelbar hängt damit die Tatsache zusammen, dass das Ansehen der Vereinigten Staaten von einem Tag auf den anderen gewaltig gestiegen ist, vor allem bei denjenigen Völkern und Regierungen, die auf die amerikanische Hilfe angewiesen sind. Das gilt für Westeuropa, wie für Ostasien. Die jungen Staaten im Fernen Osten, die Philippinen, Indonesien, Burma, Ceylon, über denen, vor allem seit dem Siege der Kommunisten in China, drohend und düster der Schatten der kommunistischen Invasion oder Infiltration schwebt, atmen erleichtert auf. Man hat gesehen, dass der amerikanische Schutz kein leeres Versprechen ist oder allenfalls aus Dollarkrediten für Industrieerzeugnisse oder Waffenmaterial besteht. Die Welt weiss jetzt, dass die gegenwärtige amerikanische Regierung ihre Macht und Stärke nicht nur als Privileg, sondern auch als Verantwortung für die Mitwelt auffasst - ein wichtiger Schritt vorwärts, der die Solidität der "freiheitlichen Front" verstärkt und das Vertrauen der ausländischen Freunde Amerikas in Instrumente wie den Atlantikpakt vermehrt. Besonders erfreulich ist, dass Truman und Acheson sich mit ihrer festen Haltung in vollstem Einvernehmen mit der Sicherheitsorganisation der "Vereinten Nationen" befinden, in deren Auftrag sie handeln.

Für diese ist der Wandel der letzten Tage besonders frappant. Aus dem Dreiviertel-Dornröschenschlaf, in dem ^{sich} der Sicherheitsrat seit dem Beginn des russischen Boykotts ~~seiner~~ Sitzungen befand, d.h. seit Beginn dieses Jahres, ist er plötzlich zu voller Aktivität erwacht. Die beiden rasch aufeinander folgenden Beschlüsse des Sicherheitsrates in Bezug auf Korea waren, das ist zuzugeben, nur möglich, weil die Russen vom Kartstisch abwesend blieben und daher von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch machen konnten. Aber ebenso wichtig ist, festzuhalten, wie ausgezeichnet die Zusammenarbeit

zwischen der Regierung in Washington und dem Sicherheitsrat geklappt hat. Die UNO als eine unnütze Schwatzbude zu bezeichnen, die in einer entscheidenden Situation versagt, ist nun nicht mehr möglich: denn auch der erste Beschluss des Sicherheitsrates, der Nord-Korea nur zur Niederlegung der Waffen aufforderte, hatte insofern schon praktische Bedeutung, als er feststellte, dass Nord-Korea einen widerrechtlichen Angriff begangen und daher als Friedensbrecher zu gelten habe. Die Feststellung des Angreifers von einem anerkannten internationalen Gremium hat sich bisher noch stets als gewichtige politische Waffe im weiteren Verlauf solcher Konflikte erwiesen.

Die militärischen Massnahmen Amerikas im Pazifischen Raum, die sich auf diese beiden UNO-Beschlüsse stützen, erfassen aber auch die Insel Formosa, zu deren Schutz eine amerikanische Flotteneinheit aufgeboden wurde. Die Einbeziehung Formosas hat auch einen politischen Aspekt. Tschiang-Kai-Schek ist von Washington aufgefordert worden, seine eigenen Angriffe auf das chinesische Festland einzustellen. Militärisch hat sich die Lage Formosas also verbessert, - während sich gleichzeitig politisch-diplomatisch die Lage Tschiang-Kai-Scheks entscheidend verschlechtert hat. Lange wird es auch kaum noch von Washington diplomatisch anerkannt bleiben; man spricht davon, dass die amerikanische Regierung vorschlagen will, die Insel Formosa unter die internationale Treuhandschaft der UNO zu stellen, womit Tschiang-Kai-Schek endgültig kalt gestellt wäre. An die Stelle Tschiang-Kai-Scheks, der für die westliche Welt seit langem weit mehr eine Belastung ist als eine Hilfe, tritt der direkte Einfluss der USA oder, gegebenenfalls die "Neutralisierung" Formosas durch die UNO. Die Assistenz, die heute schon die amerikanische Flotte vor Formosa durch die britische Fern-Ost-Flotte genießt, deutet eine solche Kollektivaktion an.

Darüber hinaus hat die ganze Entwicklung im Fernen Osten weittragende innenpolitische Folgen in den Vereinigten Staaten. Eine imponierende Welle von Binnmütigkeit, Zuversicht und nationaler Geschlossenheit ist von Trumans Befehl, Süd-Korea aktiv zu helfen, durch

das ganze Volk gegangen. Von den Schwankungen und Zweifeln, die seit dem kommunistischen Sieg in China ganz Amerika erschüttert haben, ist nichts übrig geblieben, auch die gehässigen Angriffe Senator McCarthy's gegen vermeintliche kommunistische Agenten im Staatsdepartement sind im Strudel der weltbewegenden Entschlüsse des Weissen Hauses untergegangen. Die Überparteilichkeit der amerikanischen Außenpolitik ist wiederhergestellt, republikanische Parteiführer wie Taft und Dewey haben sich mit Truman und Acheson solidarisch erklärt. Acheson hat zugegeben, dass er unter dem Druck der Ereignisse einen grossen Teil seiner bisherigen Ostasienpolitik revidiert hat, aber gerade dass er und Truman ihre bisherige Ansicht innerhalb von 24 Stunden revidierten und entschlossen aus der neuen Lage die Folgerungen zogen, beweist, dass sie sich zu wirklicher staatsmännischer Grösse aufzuschwingen vermochten. Die eindrucksvolle Einmütigkeit, mit der Parlament, Presse und Volk sich hinter sie stellen, zeigt, dass das allgemein anerkannt wird.

- - -

"Masslos" und "hemmungslos"

sp. In einer seiner letzten Ausgaben befasst sich der "Deutschland-Union-Dienst" mit Ausführungen, die der Hamburger National-Ökonom, Prof. Ernst Schrewe, kürzlich vor einem geladenen Kreis von Unternehmern in Frankfurt zur betrieblichen und überbetrieblichen Funktion des Unternehmers gemacht hat.

Prof. Schrewe habe, so erfahren wir, die Frage gestellt, ob angesichts der schwierigen volkswirtschaftlichen Aufgabe, in die heute jeder Betrieb hineingestellt ist, und angesichts der sich hieraus ergebenden sozialen Spannungen von seiten der unternehmerischen Wirtschaft genug geschehe, um die sozialen Probleme zu überwinden. "Diese Frage konnte Prof. Schrewe nicht vorbehaltlos bejahen", heisst es vorsichtig. Seine "Hypothese" habe er mit dem Hinweis auf die stark politisch orientierte Jugend begründet, die für die nächsten Jahre als Gefolgschaft nicht nur die Existenz der Betriebe zu sichern habe, sondern die auch in der Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung eine wichtige Rolle spielen werde.

Wörtlich heisst es dann in der Wiedergabe des Standpunktes von Prof. Schrewe:

"Hier fällt dem Unternehmertum bei der Gestaltung der betrieblichen Ordnung die Aufgabe zu, die menschlichen Qualitäten in ein richtiges Verhältnis zum organisatorischen Problem einzuordnen. Das bedeutet zunächst, dass die Gefahr nicht übersehen werden darf, die in der Maßlosigkeit der Vertretung materieller Ansprüche liegt. Auch wer die marktwirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich bejaht, kann nicht übersehen, dass im Umschichtungsprozess unserer Zeit viel Hemmungslosigkeit nach vorn gekommen ist, die auf dem Hintergrund der allgemeinen Armut umso bedenklicher wirkt".

Wir beschränken uns auf diese wie uns scheint wesentlichen Feststellungen, denen wir nichts hinzuzufügen haben. Es sei denn die Bemerkung, dass gerade die Regierung und die ihr nahestehenden Kreise gegen diese Erscheinungen bisher so gut wie nichts getan, sie vielfach sogar gefördert haben.

Fürsorgeerziehung

sp. Drehbuchautoren und Regisseure eines einzigen Filmes sprechen zu einem Millionenpublikum, sie tun es durch die Verbindung von Bild und Wort besonders einprägsam. Sie sollten sich deshalb auch ihrer Verantwortung gerade in Dingen, die nur scheinbar Kleinigkeiten sind, besonders bewusst sein.

So werden jetzt in einem Film junge Mädchen zur Fürsorgeerziehung "verurteilt". Das Jugendgerichts-Gesetz (JGG) kennt aber keine Verurteilung zur Fürsorgeerziehung. Diese ist vielmehr eine Erziehungsmaßregel im Sinne des § 11 des JGG und keine Strafmaßnahme. Auch bedingt Fürsorgeerziehung nicht unter allen Umständen die Unterbringung in eine Anstalt, sie kann auch ausserhalb einer Anstalt und sogar unter bestimmten Umständen in der eigenen Familie stattfinden.

Sozialaufwand

sp. Der Bundesfinanzminister meint, Verbesserungen der Sozialleistungen sind nur bei einem vergrösserten Volkseinkommen möglich. Unter den "Soziallasten" des Bundes befinden sich:

800 Mill. DM	aus der	Arbeitslosenversicherung
701 " "	" " "	Arbeitslosenfürsorge

Das sind 1561 Mill. DM

Dazu gibt es noch immer über 1,5 Mill. Arbeitslose. Hier ist Kapital und Arbeitskraft zur Vergrösserung des Volkseinkommens also durchaus vorhanden. Was es aber nicht gibt, sind wirksame Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Statt dessen wird Senkung der Soziallasten empfohlen.